

354/J XXI.GP

### ANFRAGE

der Abgeordneten Dietachmayr, Antoni  
und Genossen  
an den Bundeskanzler  
betreffend „Benes - Dekrete“ und „AVNOJ - Bestimmungen“

Im Regierungsprogramm von FPÖ und ÖVP ist unter dem Titel „Wiedergutmachung für Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Vertriebene“ folgendes festgehalten:

„Die Bundesregierung wird um sachgerechte Lösungen in den Fragen aller im Zuge des 2. Weltkrieges zur Zwangsarbeit gezwungenen Personen, der österreichischen Kriegsgefangenen sowie der in der Folge der Benes - Dekrete und AVNOJ - Bestimmungen nach Österreich vertriebenen deutschsprachigen Bevölkerung bemüht sein.“

Der niederösterreichische FPÖ - Obmann Hans - Jörg Schimanek hat in einer Aussendung vom 10. Februar 2000 folgendes festgestellt: „Solange Tschechien nicht bereit ist, die menschenrechtswidrigen Benes - Dekrete aus seiner Verfassung zu streichen, wird es keinen EU - Beitritt unseres Nachbarlandes geben.“ Abschließend meinte Schimanek: „Solange freiheitliche Politiker die Geschicke Österreichs in Regierungsverantwortung mitbestimmen, werde es jedenfalls keinen EU - Beitritt Tschechiens ohne Verzicht auf die Benes - Dekrete geben.“

In einem Interview mit der Tageszeitung „Kurier“ vom 13. Februar 2000 haben Sie im Zusammenhang mit dem EU -Erweiterungsprozess auf die Frage „Es gibt Ängste in den Nachbarländern, dass Österreich durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ den Beitrittsprozess verzögert“, folgendes geantwortet: „Es gibt keinen Hinweis, dass Österreich von seinem Pro - Erweiterungskurs abgeht. Die mittel - und osteuropäischen Länder kennen mich. Wir haben keinen Grund, den Erweiterungsprozess zu verlangsamen. Wir müssen uns den Problemen in Verhandlungen stellen: beim Personenverkehr muss es Übergangsfristen geben. Und auf die Frage: „Sind die Benes - Dekrete Tschechiens eine Hürde?“ haben Sie geantwortet: „Die Fragen der Restitution und der Rechtsnachfolge sind immer ein bilaterales Thema gewesen. Sie müssen in gutem nachbarschaftlichem Geist

diskutiert werden. Nicht als Junktim. So wie wir unsere Vergangenheit aufarbeiten - was nicht immer leicht ist wird auch in anderen Ländern die Vergangenheit aufgearbeitet werden müssen.“

In einem Interview mit dem Wochenmagazin „FORMAT“ vom 14. Februar 2000 meint der Aussenminister der tschechischen Republik Jan Kavan, dass es mit Österreich kein Vertrauensverhältnis mehr gebe und sagt wörtlich: „Insbesondere irritiert mich Artikel 12 (des Regierungsübereinkommens - Anm.), wo in ein einem Atemzug NS - Opfer mit jenen Menschen genannt werden, die die Tschechoslowakei nach 1945 verlassen mussten. Auch wenn Schüssel glaubhaft bestätigt, dass es so eine Verbindung nicht gibt, sieht es ganz so aus, als hätten die Verfasser sehr wohl eine solche gewollt.“ Auf die Frage „Welche Lösungen sehen Sie in der Frage der Sudetendeutschen?“ antwortete der tschechische Aussenminister: „Wünschenswert wäre ein ähnlicher Weg wie der mit Deutschland. Allerdings braucht man für eine Lösung eine Atmosphäre des Vertrauens. Da es eine solche mit Österreich nicht gibt, werden wir die Expertengespräche verschieben.“

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

#### **Anfrage:**

1. Werden die Fragen der Entschädigung für zur Zwangsarbeit gezwungenen Personen, der österreichischen Kriegsgefangenen sowie der Benes - Dekrete und AVNOJ - Bestimmungen tatsächlich zusammenhängend gesehen?
2. Wird ein Junktim zwischen der Aufhebung der Benes - Dekrete und des EU - Beitritts Tschechiens hergestellt?
3. Wie schätzen Sie die Chancen - vor dem Hintergrund der Aussagen des tschechischen Aussenministers Jan Kavan - sachgerechte Lösungen für die Betroffenen zu finden, ein?